

# Konfrontation oder Kompromiss? Pendelschläge in der Schweizer Politik

*Iwan Rickenbacher*

## 1. Am Anfang stand der Kompromiss

Die Bundesverfassung von 1848, nach dem Sonderbundskrieg von 1847 von den Siegern, der radikalen Mehrheit im Land, durchgesetzt, steht letztlich für den Kompromiss: Das Bekenntnis zum föderalen Aufbau des Landes, zum multikulturellen Staat, zum Zweikammer-Prinzip im nationalen Parlament mit der starken Stellung des Ständerates, auch als Korrektiv zu den Mehrheitsverhältnissen im Nationalrat.

## 2. Das Pendeln zwischen Mehrheits- und Verhandlungsdemokratie

Der Bundesrat allerdings widerspiegelte die Mehrheitsverhältnisse. Bis 1891 waren die Konservativen ausgeschlossen, die Regierung durchgehend radikal. Ab 1874 und der Einführung der Referendumsrechte wurde die Durchsetzung der parlamentarischen und bundesrätlichen Mehrheitsmeinungen immer schwieriger. Ein erster Anlauf, ein Eisenbahngesetz zu erlassen, scheiterte am konservativen Referendum. 1892 wurde der Luzerner Konservative Joseph Zemp als erster Nichtradikaler in den Bundesrat gewählt. Sinnigerweise musste er das Eisenbahndepartement übernehmen, er, der ein Jahr zuvor ein Eisenbahngesetz mit verhindert hatte. Und er schaffte die Wende. Die erste Zauberformel war geschaffen und die Konservativen und ihre Nachfolgeparteien blieben bis heute im Bundesrat vertreten.

## 3. Integration oder Ausgrenzung?

Während sich das Prinzip durchsetzte, dass starke politische Kräfte dann in die Regierungsverantwortung einbezogen wurden, wenn ihre Referendumsmacht bedrohlich erschien, wurden marginalere Gruppen immer wieder ausgegrenzt: Fahrende, Juden, Unorthodoxe, lange Zeit im politischen Geschehen die Sozialisten, länger noch die Frauen. Nicht immer war es eigene Einsicht, die zur Integration führte. Gelegentlich brauchte es mehr oder weniger Druck, auch aus dem Ausland, wie im Fall der politischen Integration der Schweizer Juden.

## 4. Die klassischen Spaltungen

Konfrontation oder Kompromiss entscheidet sich über die Zeit immer wieder an den klassischen politischen Spaltungen. Im 19. Jahrhundert entschieden sich die Stimmberechtigten nicht selten entlang der konfessionellen Grenzen zwischen Protestanten und Katholiken. Die Konfessionszugehörigkeit ist im politischen Alltag unerheblich geworden.

Nach wie vor virulent ist der Gegensatz Stadt/Land, neulich in der Abstimmung über die Volksinitiative zur Masseneinwanderung wieder deutlich geworden. Neu entfacht ist der Gegensatz von Arbeit und Kapital. Gelegentlich werden die Sprachgrenzen wieder bedeutsam. Neu sind Spaltungen zwischen Globalisierungsgewinnern und -verlierern.

## 5. 1992: Ein Wendepunkt

Mit dem Nein des Schweizervolkes zum EWR-Vertrag verbunden ist der Aufstieg der SVP von einer 10-Prozent-Partei zu stärksten politischen Kraft im Land. Die Mehrheitsverhältnisse im bürgerlichen Lager wurden radikal verändert, während die Kräfteverteilung zwischen Links und Rechts in den politischen Gremien nicht radikal änderte. Aber in den Abstimmungsempfehlungen eröffnen sich neue Koalitionen, welche die traditionellen Links-Rechts-Muster teilweise aufzuheben beginnen. Schweizer Politik ist überraschender geworden.

## 6. Und die Tendenzen?

Die Haltung der Schweiz gegenüber der EU, gegenüber Ausländerfragen bleibt polarisiert, die politischen Blöcke in diesen Fragen sind ähnlich stark. Ausschlaggebend in Abstimmungen ist die Mobilisierungskraft, insbesondere im grossen Lager der nur gelegentlich Stimmenden. In andern wichtigen Politikfeldern, in der Energiepolitik etwa, aber auch in der Fiskal- und Steuerpolitik oder in der Gesundheits- und Sozialpolitik haben Kompromisse nach wie vor gute Akzeptanz.

Neu ist, dass sich dank der elektronischen Medien neben den traditionellen Parteien neue Bewegungen und Interessengruppen in den politischen Diskurs und in den Wahlen einbringen und gelegentlich hohe Resonanz finden können. Verbunden mit der künftigen Möglichkeit, die Stimm- und Wahlentscheidungen elektronisch vornehmen zu können, werden Internetplattformen und Internetforen im politischen Prozess möglicherweise eine wichtigere Rolle einnehmen. Denkbar ist, dass sich dann Phasen und Objekte der Konfrontation, bzw. des Kompromisses schneller verschieben werden.

Dass die stärkere Unberechenbarkeit der Politik nicht nur negativ sein muss, zeigt die tendenziell wachsende Stimmbeteiligung. Und die Tatsache, dass sich Entscheide in anderen Lebensbereichen, etwa in der Arbeitswelt oder im Konsumangebot, dem Einfluss der meisten Menschen entziehen, dürfte die Attraktivität nationaler und regionaler politischer Entscheide eher erhöhen. Denn auf die politischen Rahmenbedingungen können die Bürger gerade in unserem politischen System nach wie vor direkt Einfluss nehmen.

Literaturhinweis: Linder, Wolf u.a., *Gespaltene Schweiz - geeinte Schweiz*. Verlag hier+jetzt, Baden 2008.